

Massnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität

Der Arbeitskräftemangel wird sich in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung weiter verschärfen. Die Unternehmen in der Schweiz haben diese Herausforderung bereits erkannt. Sie haben entsprechende Massnahmen ergriffen, wie die vorliegende [Publikation](#) vom Schweizerischen Arbeitgeberverband (SAV) und economiessuisse aufzeigt. Neben einer noch besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials liegt ein wichtiger Hebel in der Steigerung der Arbeitsproduktivität. Nur wenn wir produktiver werden, wird es uns gelingen, den Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Es ist daher zentral, dass die Politik die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass Produktivitätsgewinne ermöglicht und begünstigt werden.

Das vorliegende Dokument enthält die wichtigsten Forderungen an die Politik. Es sind die zentralen Massnahmen, die aus Sicht der Wirtschaft nötig sind, damit die Entwicklung der Arbeitsproduktivität einen wesentlichen Beitrag leisten kann gegen die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Arbeitsmarkt und letztlich die Wohlstandsentwicklung.

1. Innovationsfähigkeit erhalten

Innovation, Forschung und Entwicklung (F&E), Automatisierung, Digitalisierung benötigen umfangreiche finanzielle Mittel. Die staatlichen Ausgaben für F&E müssen langfristig gesichert sein. Der Grossteil der Ausgaben für F&E tätigen in der Schweiz die Unternehmen. Die Wirtschaft sorgt dafür, dass sich die Forschungstätigkeit in innovativen Prozessen und Produkten niederschlägt. Daher darf das Kapital nicht wegbesteuert werden. Die Schweiz muss attraktiv bleiben für Investitionen aus dem In- und Ausland. Davon profitieren auch die Arbeitnehmenden in Form von steigenden Löhnen.

Politische Forderungen economiessuisse:

- Keine stärkere Besteuerung von Kapital
- Bewahren eines exzellenten Bildungssystems mit starker dualer Berufslehre und einer hohen Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen
- Förderung von MINT-Kompetenzen und Unternehmertum in der Bildung
- Bottom-up-Prinzip in der Forschung und Entwicklung: Die staatlichen Ausgaben (insbesondere in der Grundlagenforschung) müssen langfristig sichergestellt sein. Den Hochschulen soll dabei wie bisher viel Autonomie zugestanden werden
- Internationale Vernetzung und Kooperation in der Forschung fördern

2. Rahmenbedingungen verbessern und mehr Wettbewerb schaffen

Mit zunehmender Regulierungsdichte sinkt der Wettbewerbsdruck und damit auch der Druck für die Unternehmen, laufend effizienter und produktiver zu werden. Die Politik hat in den letzten Jahren einen Hang dazu entwickelt, alles bis ins kleinste Detail zu regeln. Internationale Bestimmungen setzt die Schweiz in vorauseilendem Gehorsam und mit einem «Swiss Finish» um (es wird früher als nötig und mehr als nötig reguliert). Ausserdem dringen staatliche und staatsnahe Unternehmen zunehmend in Bereiche vor, die ausserhalb ihres Kernauftrags liegen. Die Geschäftstätigkeit solcher Unternehmen muss auf klar definierte Bereiche beschränkt sein.

Politische Forderungen economiesuisse:

- Mehr Pragmatismus in der Regulierungspraxis und Mut zur Lücke
- Umsetzen internationaler Bestimmungen nur wo nötig und ohne «Swiss Finish»
- Weniger Zentralismus, Subsidiaritätsprinzip wahren
- Keine Aktivitäten staatlicher und staatsnaher Unternehmen ausserhalb ihres Kernauftrags

3. Bürokratie abbauen und das ungehaltene Staatswachstum stoppen

Mit zunehmender Regulierungsdichte steigt auch die Beschäftigung in der öffentlichen Verwaltung. Das Stellenwachstum in den letzten Jahren war überproportional zur Privatwirtschaft. Dies ist nicht nachhaltig und belastet die Produktivitätsentwicklung der Wirtschaft. Einerseits bindet der Staat Arbeitskräfte, andererseits steigt auch bei den Unternehmen der Arbeitseinsatz, um die ganzen Vorgaben (Meldepflichten, Kontrollen, Compliance, etc.) zu erfüllen. Um die Produktivität zu erhöhen, müssen die Arbeitskräfte wieder vermehrt in produktiven und weniger in administrativen Tätigkeiten eingesetzt werden können. Die Komplexität der Regulierung muss deutlich gesenkt werden.

Hier nehmen wir auch das Parlament in die Pflicht. Gerade in den letzten paar Jahren ist die Zahl der Anfragen, Postulate, Motionen und Interpellationen in vielen Themenbereichen massiv gestiegen. Die Parteien sind gefordert, eine Priorisierung bei ihren Anliegen vorzunehmen. Das Parlament ist für das übermässige Stellenwachstum beim Bund und für die stetig wachsende Regulierungsdichte sowie die Komplexität der Regulierung mitverantwortlich. Zudem führt das Ausdehnen von staatlichen und staatsnahen Firmen zunehmend zu produktivitätshemmenden Verzerrungen und der Verdrängung von produktiveren privaten Firmen.

Politische Forderungen economiesuisse:

- Kein Mikromanagement durch Regulator und Verwaltung
- Stellenwachstum beim Staat darf nicht höher sein als in der Privatwirtschaft
- Die Löhne der Staatsangestellten müssen wieder auf das Niveau von vergleichbaren Tätigkeiten in der Privatwirtschaft sinken
- Wettbewerbsverzerrungen, welche staatliche und staatsnahe Unternehmen bevorzugen, sind zu beseitigen.
- Staatliche Beteiligungen bei Unternehmen sind auf das notwendige Minimum zu reduzieren.

4. Digitalisierung beim Staat und in staatsnahen Sektoren vorantreiben

Der bürokratische Aufwand kann mit digitalen Lösungen deutlich gesenkt werden. Wir fordern, dass alle Prozesse beim Staat und staatsnahen Sektoren sowie alle Kontaktpunkte zwischen Staat und Privatwirtschaft vollständig digitalisiert werden (e-Government, one-stop-shopping, EPD, etc.). Weil der Wettbewerbsdruck fehlt, muss diese Transformation anhand von konkreten Zielvorgaben und einer regelmässigen Überprüfung der Zielerreichung einhergehen.

Politische Forderungen economiesuisse:

- Vollständige Digitalisierung aller Kontaktpunkte zwischen Staat und Wirtschaft innerhalb der nächsten 5 Jahre
- Digitalisierung in staatsnahen Sektoren wie beispielsweise im Gesundheitswesen fördern und einfordern. Die Transformation muss dabei anhand von klaren Zielvorgaben erfolgen und die Effektivität der Massnahmen muss regelmässig überprüft werden. Massnahmen, die ihre Wirkung verfehlen, müssen sistiert werden.